

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

284 (21.6.1918) Abendblatt

... Johannes Witt...
... Theodor, Vater Dr. Juni: Lucie Rita...
... Robert Theilacker

... Nr. 25.
... Nr. 25.

Badischer Beobachter

Abendblatt

Preis: 10 Pf. pro Stück
Abonnement: 30 Pf. pro Monat
Halbjährlich: 1.50 Pf.
Jährlich: 3.00 Pf.

Verleger: Carl Springer
Redaktion: Karlsruhe, Kaiserstr. 42
Telefon: 1421

Er erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben: Morgen- und Abendblatt.
Gesamtverantwortlich für den Inhalt: Carl Springer, Karlsruhe, Kaiserstr. 42.

Der Krieg zur See.

19 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. Juni. (W.A.B. Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Ribbenordt stehende U-Boot versenkte vor dem Westausgang des Kanals und an der englischen Westküste vier Dampfer mit zusammen 19 000 Tonnentonnentonnen.
Von ihnen wurde ein wertvoller 8000 B.-M.-A. großer Dampfer aus einem einlaufenden, sehr stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen. Sämtliche Schiffe waren beladen.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 20. Juni. (W.A.B.) Eine vor drei Tagen aus England zurückgekehrte Dame schreibt in einem Brief an einen Offizier u. a.: In England geht es rapid bergab. Nahrungsmittel und Rohmaterialien sind seit Ihrer Abreise unendlich viel knapper geworden. Frisches Fleisch gibt es während des Sommers überhaupt nicht, nur etwa 1/2 Pfund (englisch 227 Gramm) höchst minderwertiges Geflügelfleisch pro Woche. Ein illustriertes Hühnchen kostet 25 Schilling; vor drei Monaten kostete ein schönes Huhn noch 7 1/2 Schilling, wie Sie ja wissen. Die Kriegsstimmung wird künstlich durch eine riesenhafte Propaganda aufrecht erhalten, mit der unter Zuhilfenahme der niedrigen Mittel, der das gegen Deutschland geschieht wird. A. B. zeigt ein Plakat eine deutsche Note-Spreng-Schweizer, die von einem verwundeten englischen Offizier angefleht wird, ihm Wasser zu reichen. Statt dessen läßt die Pflegerin das kochende Naß vor seinen Augen in den Sand träufeln, höhnisch dazu lachend. Zwei deutsche Offiziere freuen sich der teuflischen Tat. Die Moral lautet ungefähr: „Gegen einen solchen Geist müssen wir Krieg führen. Zeichnet National War Bonds.“

Feindlicher Transportdampfer versenkt.

Paris, 20. Juni. (W.A.B.) Agence Gasas. Der Transportdampfer „Sante Anna“, der unter Bedeckung von Bierta nach Malta fuhr und Soldaten und eingeborene Arbeiter an Bord hatte, wurde in der Nacht zum 11. Juni, ohne daß ein Feind bemerkt worden war, torpediert und versenkt. Von den 2159 an Bord befindlichen Personen wurden 1513 getötet.

Die Flucht aus Paris.

Berlin, 20. Juni. (W.A.B.) Petit Journal berichtet, daß die Paris verlassenen Flüchtlinge überfüllt sind. Auf den Bahnhöfen herrsche ein ungeheurer Andrang. Das Publikum müsse an den Bahnhöfen stundenlang stehen und verlöre wegen der bürokratischen Formalitäten, die mangels genügender Organisation schlecht funktionieren, ungeheuer viel Zeit. In der Provinz herrsche ebenfalls eine große Wohnungsnot und eine schamlose Preistreiberei mit den Mietpreisen. Eine schätzbare Dachwohnung koste 10 bis 12 Frs. Die Bevölkerung nicht die Pariser und die zahlreichen amerikanischen Soldaten bis auf den Tod.
Der Tempel beschäftigt sich gleichfalls mit dem Abtransport der Pariser Bevölkerung. Die Sob und Gut in Sicherheit bringen wolle. Das Blatt verlangt, daß die Abfertigung von 150 000 Personen täglich für den Fall einer Gefahr vorbereitet werde, während gegenwärtig nur 20 000 Personen die Hauptstadt verlassen könnten. Gleichwohl sei man noch nicht so weit, doch müsse man auf die Entfernung aller unüberflüssigen Eisen und Flugmaschinen sehen. Den Automobilbesitzern sollte es gestattet sein, Paris mit dem Automobil zu verlassen.

Die Wirkung der Beschießung von Paris.

Berlin, 19. Juni. (W.A.B.) Wie trotz aller Abkühlungen in den Hinführungen und der Presse Frankreichs die Beschießung von Paris wirkt, zeigen die Bemerkungen von Rouven, die kürzlich Paris verlassen haben. In den letzten Tagen des Mai war danach die Wirkung so groß, daß jeder, dem es seine Vermögenslage nur einigermaßen erlaubt, die Stadt verließ. Die ärmeren, gezwungenenmaßen zurückbleibende Bevölkerung ist in den auf ihre eigene Regierung und die Engländer, die sie für alles Unglück verantwortlich machen. Diese Stimmung hat zu einer außerordentlich scharfen Ueberwachung der Nachrichten seitens der Regierung geführt. Den Neutralen wird die Ausreise erschwert, und das Verbot, in der Öffentlichkeit über die Beschießung zu sprechen, hat zur Ausziehung von Bräutern für die Gefährt, welche Leute benennen können, die trotzdem über die Beschießung sprachen.

Enttäuschung und Kriegsmüde Franzosen.

Berlin, 19. Juni. (W.A.B.) Aus den Briefen französischer Soldaten geht die tiefe Erschöpfung der Truppen und ihre außerordentliche Kriegsmüdigkeit immer deutlicher hervor. Ein Angehöriger des Infanterie-Regimentes 34 schreibt am 13. Mai: Uns war Ruhe versprochen. Man hat uns wieder einmal getäuscht, es ist eben eine Bisse mehr. Unsere Verluste sind wieder sehr hoch. Ich bin der einzige Unverwundete meiner Gruppe, die 6 tote und einen Verwundeten hat. Wir sind so erschöpft, daß unsere Verwundeten fast alle sterben. Ein anderer schreibt: Diese Offensive ist traurig und so demoralisierend. Ich glaube, die Deutschen erreichen alles, was sie wollen. Wir ersehen das Kriegsende, um in Ruhe zu leben.

Oertliche Angriffe der Franzosen und Amerikaner unter schweren Feindesverlusten gescheitert.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 21. Juni. (W.A.B. Amtlich.)

Westlicher Keilgeschloß.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Feind setzte an der ganzen Front heftige Erkundungsvorstöße fort. Sie wurden überall abgewiesen. Nordöstlich von Mervis und nördlich von Albert brachen englische Teilangriffe blutig zusammen.

Bulgarescher Kriegesbericht.

Sofia, 20. Juni. (W.A.B.) Amtlicher Heeresbericht vom 18. Juni. Mazedonische Front: Auf dem Bergkamm südlich von der Quelle des Tumba griffen einige unserer Truppen eine französische Feldwache an, vernichteten sie und ließen mit Gefangenen zurück. Im Tale des oberen Schumbi, bei beiden Seiten des Dridossees und an der Gervena-Stena bis Bratinol waren gegenseitige Artilleriefeuer zeitweilig heftiger. Südlich von Sumra von Zeit zu Zeit lebhaftes Feuer. Bei Mischal-Mahle und im Strumatal bei dem Dorfe Kalanda zerrannten wir durch Feuer feindliche Sturmabteilungen. In der Gegend von Wliska und im Wardartal heftige gegenseitige Feuerkämpfe. Im Gerna-Bogen schossen wir durch Artilleriefeuer ein feindliches Flugzeug ab und vernichteten es.

Grey über den „Völkerbund“.

Amsterdam, 20. Juni. (W.A.B.) Wie das Neutürkische Büro berichtet, hat Viscount Grey eine Broschüre über den Völkerbund geschrieben, in der er ausführlich: „Es handelt sich in diesem Kriege um mehr als die Existenz der einzelnen Staaten und Rassen, sowie das Schicksal des Kontinents, die ganze moderne Zivilisation steht auf dem Spiel. Nur wenn die Nationen, die an diesem Krieg teilnehmen und selbst die Neutralen aus den Erfahrungen dieses Krieges lernen, wird die moderne Zivilisation nicht untergehen wie die früheren. Ein Völkerbund zur Sicherung des Weltfriedens wird nicht deshalb unmöglich bleiben, weil er bisher unmöglich war. Die erste Bedingung für seine Verwirklichung ist, daß diese Idee zur ernstlichen Ueberzeugung der verantwortlichen Leiter der Staaten und zu einem wesentlichen Teile ihrer praktischen Politik wird. Diese Bedingung war vor dem Krieg nicht erfüllt. In welchem Umfange ist sie es jetzt? Mit Sicherheit kann diese Frage von dem Präsidenten Wilson bejaht werden, und das genügt, den Gedanken eines Völkerbundes mit neuem Leben zu erfüllen. Wilson und sein Land haben als Neutrale durch mehr als zwei Jahre beobachtet und ihre Schlüsse ziehen können. Eine dieser Konsequenzen war, daß sie Deutschland den Krieg erklärten, um die Welt vor einer Katastrophe zu retten, die andere war der Gedanke eines Völkerbundes. Die Regierungen der Alliierten haben für dasselbe Ideal nationaler und internationaler Freiheit gekämpft, aber sie kämpften gleichzeitig für die Erhaltung der nationalen Existenz Europas. In England ist der Plan eines Völkerbundes von vielen Seiten freundlich aufgenommen worden.“

Nach diesem ausführlichen Lob der Alliierten wendet sich Grey zu denen, die der Fäulterung bedürfen.

„Dagegen ist und bleibt die deutsche Militarpartei Gegner dieses Planes. Wenn diese Partei am Ruder bleibt, wird Deutschland sich dem Völkerbunde widersetzen. Daran wird sich nichts ändern, wenn nicht im deutschen Volk die Ueberzeugung Raum gewinnt, daß eine auf Recht und Vertrag begründete Sicherheit besser ist als die Gefahren des Willens zur Macht.“

Anmerkung des Wolff-Büros: Die Broschüre erscheint ausgerechnet in einem Zeitpunkt, in dem die Entente, insbesondere englische Stimmen, immer deutlicher zu erkennen gibt, daß der Völkerbund, wie sie ihn im Auge hat, nichts anderes ist als ein echt angelsächsischer Wirtschaftskrieg zur Erdrosselung jeden fremden Wettbewerbs. Das Vorgehen Englands und Amerikas im Kriege lehrt, daß auch die Neutralen nicht besser fahren werden, wenn dies der englischen Rechnung paßt.)

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Oertliche Angriffe der Franzosen südwestlich von Noyon, der Amerikaner nordwestlich von Chateau-Thierry scheiterten. Franzosen und Amerikaner erlitten hierbei schwere Verluste. Gefangene blieben in unserer Hand. Südwestlich Reims wurden Italiener gefangen.

Die großen, ehemals von Franzosen besetzten, deutlich kenntlich gemachten Lazarettanlagen im Westteil zwischen Breuil und Montigny waren in letzter Zeit zweimal das Ziel feindlicher Bombenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das amerikanische „Interesse“ für Rußland.

Wien, 20. Juni. (W.A.B.) Wie die Kölnische Zeitung erfährt, haben über 100 000 in den Vereinigten Staaten von Amerika lebende Russen eine Eingabe an die amerikanische Regierung gerichtet, in der sie um die Erlaubnis zur Rückkehr nach Rußland bitten, um dort beim Wiederaufbau des Landes mitwirken zu können. Diese Bitte ist von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Geschäfte erst ihrer militärischen Verpflichtung nachkommen müßten. Es wird berichtet, daß eine zehntausendköpfige Eingabe in die amerikanische Armee in allerhöchster Zeit in Frage komme. Eine große Anzahl russischer Juden ist nach Kanada geflohen, um so einer zehntausendköpfigen Eingabe in die amerikanische Armee zu entgehen.

Siehe zu demerkt die Kölnische Zeitung: Diese Nachricht beweist klarer als alle amerikanischen Redensarten, wie es in Wirklichkeit um das amerikanische Interesse für Rußland steht.

Zur Klärung der Verwirrung in Wien macht die Wiener Reichspost u. a. folgende kritische Ausführungen:

„Aus dem Munde des Ministerpräsidenten erfuhr die meiste Öffentlichkeit heute, daß Österreich bis April die eigenen Vorräte aufgebraucht hatte und seither und bis zur neuen Ernte ganz von auswärtigen Zufuhren lebte. An diesem Befehmsinn kam die Voraussetzung abgelehnt worden, die unser staatsliche Ernährungsweisen bisher geleitet hat. Man vermochte weder die Ernte richtig zu schätzen, noch mit ihr hauszuhalten. Man vermochte weder mit den Vorräten richtig umzugehen, noch sie gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Man vermochte weder „den Konsum zu regulieren“, was man verhängnisvollerweise als die einzige Voraussetzung des Durchhaltens betrachte, noch natürlich das viel wichtigere Produzieren der Lebensmittel zu fördern, worauf man gar keinen Wert zu legen schien. Es wurde immer nur verteilt und wieder verteilt, aber immer so, daß die Laster des Schleichhandels und der Verschwendung auf Umwegen geradezu geächtet wurden. Der Pflichterführer, der sich ganz auf die Fürsorge der staatlichen Verpflegungskunst verließ, hatte schließlich zum Spott noch den Schaden. Jedem, der den Wasserfall der amtlichen Verfügungen, Erklärungen, Darlegungen, Versicherungen, Versprechungen, Ankündigungen mit der Wirklichkeit vergleicht, muß den Eindruck erhalten, daß diejenigen, denen unser Ernährungsweisen anvertraut worden war, statt den Stoff zu beherrschen, völlig von ihm überwältigt und gegangelt wurden. Naturschlag zweifelhaftester Herkunft wurde willig gehorcht und kostbare Zeit verschwendet. Ein Experiment jagte das andere, und leider gelangen nicht wenige davon daneben. Es war die höchste Zeit, daß jetzt mit der längst notwendigen Reform in der Organisation des staatlichen Ernährungswesens wenigstens ein Anfang gemacht wurde. Dies kann die Wichtungen der bisherigen Methoden leider nicht mehr aufheben. Seit April sind die eigenen Vorräte erschöpft und nun ist auch die Zufuhr ins Stoden geraten, also bleibt nur noch das Darben. Man ließ es auf die Probe ankommen, und es stimmte! Sätze man vor dem April lieber bei einem beliebigen Wam Riese in einem beliebigen Landdorf angefangen, statt auf die Doktrinen sozialdemokratischer Parteiprofessoren zu hören, so hätte man dieses Wissen bequemer, billiger und vor allem rechtzeitiger haben können.“

Berlin, 21. Juni. Aus Wien wird dem Verl. Lokalangeiger gemeldet, daß der gemeinsame Ernährungsminister Generalmajor von Randwehr und der Ernährungsminister Paul nach Budapest abgereist sind.

Deutschland.

Zur Rheinischer Reichstagswahl

schreibt in der Schlef. Volkszeitung Erzpriester Kapiga u. a.:
Das Zentrum ist das Opfer von Gleichheit. Die große, vollumfassende und staatserbaltende Idee des Zentrums kann leicht mißdeutet und entleert werden.
Der Zentrumskandidat könnte selbst ein Engel sein. Die Wahlagitator macht aus ihm bald einen Satan an Falschheit und Volkseindlichkeit. Für den Zentrumskandidaten heißt es: Infolge dieses Eintretens wurde der Zentrumskandidat in der Wahlzelle zu einem Kaffisiten umgestempelt. Am meisten Agitationsstoff aber gegen den Zentrumskandidaten haben seine alldeutschen Gedanken angeht, die er früher einmal vorgetragen haben soll, und seine Hinneigung zur Vaterlandspartei geliefert. Für die Ziele der Vaterlandspartei ist nun einmal das oberste Ziel, ob deutsch oder polnisch, nicht zu haben. Es ist auch nicht unbekannt geblieben, daß Kräfte an der Arbeit sind, die

Zentrumspartei für die Vaterlandspartei mit ihrer alldeutschen Seele zu gewinnen, ebenso wie gemindert, daß der Entlastungstrummel gegen den Abg. Erzberger nur eine Maske alldemokratischer Kriegshetze ist.
Gleich ist ein deutscher Warnungsruf: Zentrum, bleibe fest!

Uns in unserem Reizkreis erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir zur gleichen Frage folgendes entnehmen:

„Die Niederlage darf nicht lediglich als eine persönliche angesehen werden, sondern bedeutet eine deutliche Abgabe an die Sonderpolitik gewisser Zentrumskreise. Von diesem letzteren Standpunkt aus ist das Wahlergebnis nicht einmal so schlimm. Die gegnerische Presse konnte sich j. Zt. nicht genug tun mit Schmähungen gegen die Reichstagsmehrheit bezüglich der Friedensresolution. Man könnte, daß diese Reichstagsmehrheit nicht mehr der Stimmung des deutschen Volkes entspreche und bei eventuellen Wahlen ihr blaues Wunder erleben würde. Sämtliche Nachwahlen haben aber das gerade Gegenteil von dem bedeutet, was diese Gegner prophzeiteten. Und all diese Wahlergebnisse trotz der zweifels Auflösung (?) des deutschen Volkes ins Leben derufen, Vaterlandspartei! Dieser Partei ist eigentlich in erster Linie die eingetretene Uneinigkeit in der Zentrumspartei zuzuschreiben. Wiederholt wurde von führenden Zentrumspolitikern auf die gefährliche Wirkung dieser Partei aufmerksam gemacht, welche das Volk in zwei Lager zu spalten versuchte. Daß bei der Scheidung dieser zwei Richtungen das Zentrum als Mittelpartei am meisten litt, hat sich ja erwiesen. Die Kurzfristigkeit gewisser Zentrumspolitikler rächt sich nunmehr schwerer. Es ist doch tief bedauerlich, daß diesen Zentrumspolitikern erst die Wählerkraft durch Stimmzettel zu Genülte führen muß, daß sie mit ihrer Sonderpolitik falsche Wege wandeln. Die Zentrumswähler wollen von alldemokratischen Völkergelerten nichts wissen und den Beitritt zur Vaterlandspartei haben wir Zentrumswähler noch nie anders als alldemokratischen Stimmzettel ausgefaßt und bedert. Wären unsere Zentrums-Außenleiter aus den letzten Wahlen und Ereignissen die nötigen Schlüsse ziehen. Wir Zentrumswähler haben nunmehr das bestimmte Verlangen nach der von unseren Gegnern soviel beneideten früheren Einigkeit, denn nur durch Einigkeit und Disziplin kann die Zentrumssache gefunden. Die Entschließung der Zentrumsfaktion kam zur rechten Stunde. Möge jeder Parteifreund, der es mit unserer Parteisache ernst meint, diese ersten Worte beherzigen. Ein freies Wort und Meinungsverschiedenheiten sollen nicht verhehrt sein, aber gegen die Partei als solche arbeiten, ist Verrat an unserer Sache.“

In Sachsen.

Das Ministerium in Sachsen hat, nachdem seine intolerante Handlungsweise gebührend beleuchtet wurde, die zwölf katholischen Gottesdienste in Coswig genehmigt und sogar der Herz Jesu-Gemeinde in Dresden-Johanniskird noch eine katholische Ordenskonventualen zugestanden. Schon daß man aus einem deutschen Bundesstaat die Nachricht von einer solchen Genehmigung bringen muß, wirkt eigentlich etwas bedäunend.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 21. Juni 1918.
Präsident Hoff eröffnet um 10 Uhr die 68. Sitzung. Nach Bekanntgabe der Eingänge trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Schirmelker (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Ergänzung des Verwaltungsbereiches.

„Durch den Gesetzentwurf sollte dem § 26 des Verwaltungsbereichesgesetzes folgender Zusatz beigefügt werden: „Durch Verordnung des zuständigen Ministeriums können im Benehmen mit dem Ministerium der Finanzen für behördliche Entscheidungen, welche in der Gesetzgebung des Reiches begründet sind, weitere Taten eingeführt werden. Die betreffenden Verordnungen sind dem nächsten Landtage vorzulegen.“ Die Kommission stellte den Antrag, den Gesetzentwurf anzunehmen mit der Bestimmung, daß er zwei Jahre nach Kriegsschluss außer Kraft tritt. Das Haus nahm diesen Antrag an.“

Abg. Albiek (Ztr.) berichtet über das provisorische Gesetz vom 27. November 1917, die Fürsorge für Gemeindefürsorgebeamte und deren Hinterbliebenen betr., und in Verbindung damit über die Entschließung der Ersten Kammer und die Petition der Gemeindefürsorgebeamten in der gleichen Sache.

Das provisorische Gesetz wurde zunächst von der Regierung der Ersten Kammer vorgelegt und von dieser am 26. April mit einigen Veränderungen angenommen. Ferner nahm die Erste Kammer folgende Entschließung an: „Nachdem die Vorlage des in Aussicht gestellten Gesetzes zur Abänderung des Fürsorgegesetzes auf dem gegenwärtigen Landtage nicht als möglich erwiesen hat, wird die Große Regierung ersucht, diese Vorlage umlänglich zu beschleunigen in dem Entwurfe den Wünschen der Beteiligten im Sinne der Ausführungen des Kommissionsberichtes tunlichst entgegenzukommen und in denselben insbesondere eine Bestimmung aufzunehmen, nach der die künftige geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Hinterbliebenengewährung und der Hinterbliebenenernennung nicht wirkend Anwendung finden auf alle nach dem 1. Januar 1917 eingetretene Fälle der Fürsorge und der Gewährung von Hinterbliebenenbezüge.“

Abg. Schirmelker (Ztr.) sprach die Hoffnung aus, daß bald ein Sieg komme, damit die Regierung das von ihr in Aussicht genommene Gesetz ausarbeiten könne.

Das provisorische Gesetz wurde dem Antrag der Kommission entsprechend in der Sitzung der Ersten Kammer angenommen. Die Entschließung der Ersten Kammer wurde ebenfalls angenommen. Die Petition der Gemeindefürsorgebeamten wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Wiesemann (Ztr.) erstattete Bericht über den Gesetzentwurf, die Versicherung gegen Hagelschaden betr.

Der Gesetzentwurf wurde dem Antrag der Kommission entsprechend in der Sitzung der Ersten Kammer angenommen. Die Petition der Gemeindefürsorgebeamten wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

